



Newsletter vom 8. März 2026

Inhalt

Deutsch gehört zum Fundament unserer Kultur.....	2
7. März 2026, Hanspeter Amstutz.....	2
Wie bitte?.....	5
NZZ, 3. März 2026, Schweiz, Sebastian Briellmann.....	5
Bücher sind das seelisch reichhaltigste Medium.....	8
NZZ, 25. Februar 2026, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Klaus Zierer.....	8
Kantonsrat will Lehrpersonen 83 Millionen mehr Lohn zahlen.....	10
Tages-Anzeiger, 3. März 2026, Zürich, Fabienne Sennhauser.....	10
Eine Volksabstimmung über Lehrerlöhne ist so gut wie sicher.....	12
NZZ, 3. März 2026, Zürich und Region, Marius Huber.....	12
«Alle sind gestresst bei der Gymiprüfung».....	14
NZZ, 27. Februar 2026, Front.....	14
«Ohne meine Eltern hätte ich das nicht hinbekommen».....	15
NZZ, 27. Februar 2026, Zürich und Region, Robin Schwarzenbach.....	15
Ballast aus dem Lehrplan streichen.....	19
Tages-Anzeiger, 5. März 2026, Forum, Leserbrief.....	19
Die extern gesteuerte Bildungsreform.....	20
NZZ, 6. März 2026, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Beat Kissling.....	20
Es braucht auch Kleinklassen und spezialisierte Lernangebote.....	21
EDU Standpunkt, März 2026, Lisa Leisi.....	21
Veranstaltungshinweise.....	23
Generalversammlung der Starke Volksschule Zürich.....	23
Starke Volksschule Zürich, 30. März 2026, 17.30.....	23
Aus dem Nähkästchen eines Sekundarlehrers.....	23
Starke Volksschule Zürich, 30. März 2026, 19.00.....	23
Die Bildungs-Grätsche.....	24
GBW-Tagung 17.&18.04.2026, Universität Bonn.....	24



Deutsch gehört zum Fundament unserer Kultur

7. März 2026, Hanspeter Amstutz

Gute Kenntnisse der deutschen Sprache sind in der heutigen Zusammensetzung der Schweizer Bevölkerung alles andere als selbstverständlich. Rund ein Viertel aller Kinder in den Deutschschweizer Kantonen sprechen beim Eintritt in den Kindergarten nur sehr mangelhaft Deutsch und können einfachste Fragen kaum verstehen. Das überrascht nicht, wenn man weiss, dass mehr als die Hälfte aller in der Schweiz aufwachsenden Kinder zuhause mindestens eine Fremdsprache verwendet. Als Schwerpunktartikel haben wir darum einen NZZ-Artikel ausgewählt, in welchem Sebastian Briellmann eindrücklich an die Bedeutung der deutschen Sprache für unsere Kultur erinnert.

Sich darüber zu beklagen, dass die aktuelle Ausländerintegration mancherorts nur mühsam vorankommt, hilft nichts. Vielen ist unterdessen bewusst geworden, dass Integration zu grossen Teilen eine Frage des Masses ist und auch bei beschränkter Zuwanderung eine Herausforderung für die ganze Gesellschaft bleibt. Zu Recht weist der Autor darauf hin, dass die Schule diese Aufgabe allein nicht bewältigen kann. Wer einen Blick auf französische Vorstädte wirft, kann sofort erkennen, dass Ghettobildungen mit abgekapselten Ausländerfamilien unbedingt verhindert werden müssen. Wo dies passiert, sinken Lebensqualität und Bildungschancen erheblich.

Die Förderung der deutschen Sprache geht die ganze Gesellschaft an

Sebastian Briellmann stellt keine Fragen zur Einwanderungspolitik an sich. Er setzt sich aber gründlich mit den aktuellen Studien zu den konkreten Fördermassnahmen auseinander. Offensichtlich hängt das Interesse, rasch Deutsch zu lernen, nicht zuletzt vom Bildungsstand der Quartierbewohner ab. Dies zeigt, wie komplex die Aufgabe ist, Ausländerkinder aus fremden Kulturen mit der deutschen Sprache vertraut zu machen.

Mit der Förderung von Spielgruppen und günstigen Kita-Plätzen in ärmeren Quartieren wird vielerorts bereits einiges unternommen, um die Deutschkenntnisse der Kinder zu verbessern. Auch unterstützende Angebote für Erwachsene wie betreute Quartiertreffpunkte oder auf den Alltag fokussierte Deutschkurse können zu einer besseren Integration beitragen. Die stärkste Wirkung jedoch ginge wohl von einer Durchmischung der Wohnsiedlungen mit einer grösseren Anzahl deutschsprachiger Personen aus. Doch um dieses Ziel im Rahmen einer liberalen Gesellschaftsordnung zu erreichen, wären weitere umfangreiche Anstrengungen nötig.

Hoffnungsvoll stimmt, dass das jahrelange Wegschauern der grossen Parteien bei den mangelnden Deutschkenntnissen vieler Kinder offenbar vorbei ist. Jüngste bildungspolitische Initiativen von bürgerlicher Seite sehen vor, dass die Deutschkenntnisse aller Kinder vor dem Schuleintritt überprüft werden sollen. Wo grössere Sprachdefizite festgestellt werden, besteht die Absicht, Kinder in speziellen Deutsch-Förderklassen auf den Schuleintritt vorzubereiten. Andere Konzepte setzen in erster Linie auf eine gezielte Sprachförderung in sozialen Einrichtungen. Das sind bemerkenswert neue Töne. Endlich wird ein früher Zugang zur deutschen Sprache als zentrale Aufgabe der ganzen Gesellschaft erachtet. Dabei kann ein Wettbewerb konstruktiver Förderideen zu guten Lösungen führen. Diese müssen jedoch - anders als bei den Schulreformen - rechtzeitig auf ihre Wirksamkeit hin überprüft und dürfen erst bei nachgewiesenem Erfolg fest installiert werden.



Deutsch zu vermitteln ist ein unterschätzter Kernauftrag der Schule

Mit dem Rückenwind der Deutschförderung im Vorschulalter wird die Schule bessere Startbedingungen haben. Doch die Volksschule kommt nicht darum herum, die deutsche Sprache wieder stärker in ihrem Grundauftrag zu verankern. Zu viele Aufgaben hat die Volksschule in den letzten Jahren übernommen, die nicht zu ihrem Kernbereich gehören. Nicht selten hat man den Eindruck, dass der Aufwand für das Deutschlernen unterschätzt wird. Aufsätze schreiben lassen, die dann von den Lehrkräften korrigiert werden, gilt als veraltet. Dazu kommt, dass das Sprachtraining für einen sorgfältigen Aufbau von Wortschatz und Sprachformen generell gekürzt wurde.

Leider oft vergeblich hoffen unzählige Schüler auf spannende Geschichten, da die Erzählkunst von tonangebenden Fachdidaktikern als rückständige lehrerzentrierte Stoffvermittlung abqualifiziert wurde. Diese Einbusse an erlebter sprachlicher Gestaltungskraft eines Lehrers lässt einen enorm starken Antrieb für die Sprachentwicklung der Kinder verkümmern. Sprachpflege ist eine ganzheitliche Angelegenheit, die stark mit einer engagierten Kulturvermittlung verknüpft ist. Dieses tägliche «Sprachbad» muss in der Primarschule im Deutsch und nicht in den Fremdsprachen stattfinden. Nur so erleben die Kinder frühzeitig den ganzen Reichtum und die Schönheit der deutschen Sprache.

Häufig wird beklagt, dass sich vor allem Buben schwertun mit der deutschen Sprache. Sie lesen nicht gern und kümmern sich wenig um eine korrekte Sprache. Doch das ändert sich schlagartig, wenn Buben von einer Sache oder einem Geschehen fasziniert sind. Dann wollen sie darüber reden und zeigen, dass sie etwas verstanden haben. Sie lieben Diskussionen über geschichtliche Ereignisse. Sie wollen beweisen, dass sie bei einem physikalischen Experiment genau verstanden haben, was passiert ist. Doch zuerst braucht es den attraktiven «Stoff», der von einer kompetenten Lehrperson einprägsam vermittelt wird.

Die Realienfächer sind eng mit dem Deutschunterricht verbunden

Die Lehrerbildung hat mit dem didaktischen Hype rund um die frühen Fremdsprachen falsche Akzente gesetzt. Wer den Schülern die Türe zur deutschen Sprache weit öffnen will, muss neben der Freude am Lesen unbedingt den Realienunterricht stärken. Ein lebendiger Geschichts-, Geografie- und Naturkundeunterricht ist eine Quelle für das Verstehen wichtiger Zusammenhänge und der Wortschatzerweiterung. Ein lebendiger Realienunterricht ist praktisch angewandtes Deutschlernen und schafft das wichtige Vorwissen für ein besseres Leseverstehen. Dafür braucht es jedoch Lehrpersonen, die für die Realienfächer begeistern können. Wo dies täglich geschieht, wächst das sprachliche Ausdrucksvermögen der Kinder und Jugendlichen kontinuierlich.

Selbstverständlich geht es beim Deutschlernen auch darum, den Kindern einen Zugang zu Büchern zu erschliessen. Eine offene Schulkultur, welche die kindliche Neugier als Bildungschance sieht, wird die Schüler an spannende Bücher und literarische Texte heranzuführen. Wie wichtig diese Aufgabe in unserem Zeitalter der Kurztexter ist, hat Klaus Zierer in unserem zweiten Beitrag überzeugend dargelegt.

Sprachförderung im Realienunterricht und eine breite Leseförderung verlangen didaktische Konzepte, die auf die Vorstellungswelten der Jugendlichen gut abgestimmt sind. Um eine schülergerechtere Ausrichtung der Fachdidaktiken zu erreichen, sind jedoch tiefgreifende Reformen der Lehrerbildung unumgänglich.



Grosser Mehraufwand aufgrund gesteigener Erwartungen an die Schule

Im Zürcher Kantonsrat waren die Lehrerlöhne in den vergangenen Wochen ein viel diskutiertes Thema. Dass Zürcher Lehrkräfte jährlich durchschnittlich acht Wochen unbezahlte Überstunden leisten und so den Berufsauftrag ad absurdum führen, ist zweifellos sehr stossend. Entsprechend forderten die Parteien von Links bis Mitte im Kantonsrat eine Lohnaufbesserung in Form eines höheren Lektionenfaktors (mehr Zeit für Vorbereitung und Korrekturen). Die überwiesenen Vorlagen sehen vor, dass dafür zusätzliche finanzielle Mittel in der Höhe von gut 80 Millionen Franken zur Verfügung gestellt werden. Da der Grossteil dieser Kosten auf die Gemeinden entfällt, war es keine Überraschung, dass der Gemeindepräsidentenverband bereits ein Referendum ankündigte. Entsprechend interessant dürften die kommenden Diskussionen werden.

Die vielen unbezahlten Überstunden sind auf Dauer nicht hinnehmbar. Die Frage ist nur, wie sie reduziert werden können. Unsere Gesellschaft hat sich daran gewöhnt, der Volksschule immer neue Aufgaben zu übertragen, ohne dabei nach den Kosten zu fragen. Das krassste Beispiel sind die Forderungen nach einer weitgehenden Individualisierung des Unterrichts. Jedes Kind benötige für sich ein massgeschneidertes Lernprogramm, ist eine gängige Vorstellung. Doch diese Erwartungen gehen gewaltig ins Geld, da eine radikale Individualisierung sehr viel Lehrpersonal erfordert. Eine faire Ausmarchung muss deshalb den Zusammenhang zwischen den bestellten Aufträgen an die Schule und deren Kostenfolgen aufgreifen.

Dauerbrenner Gymi-Prüfungen und bemerkenswerte Kommentare

Wie immer um diese Zeit kommt die Frage aufs Tapet, wie fair die Aufnahmeprüfungen an die Gymnasien seien und ob sie nicht besser gleich ganz abgeschafft werden könnten. Diesmal kommt in einem NZZ-Interview auch eine Schülerin zu Wort, welche bereits die Gymi-Prüfung bestanden hat. Sie gibt nützliche Tipps für die Prüfungsvorbereitung und kommentiert zusammen mit einer Fachperson häufig gestellte Fragen zum gymnasialen Bildungsweg. Selbstverständlich gehören zu so einem Dauerbrenner wie den Gymi-Prüfungen auch Leserbriefe. Wir haben dazu zwei der scharfsinnigsten Texte bekannter Autoren ausgewählt.

Den Abschluss unserer Textsammlung bilden ein bemerkenswertes Interview über Förderklassen und ein erhellender Gastbeitrag aus der NZZ über die umstrittene Schulentwicklung seit der Jahrtausendwende.

Vortrag nicht verpassen: Ein Sekundarlehrer plaudert aus dem Nähkästchen

Unser eigentlicher Schlusspunkt aber ist ein Aufruf. Am kommenden 30. März hält der erfahrene Sekundarlehrer Régis Ecklin in Zürich einen Vortrag mit dem Titel «Ein Sekundarlehrer plaudert aus dem Nähkästchen». Es lohnt sich, das Datum im Kalender zu reservieren. Die Details zum Vortrag finden Sie am Schluss unseres Newsletters.

Hanspeter Amstutz



Wie bitte?

NZZ, 3. März 2026, Schweiz, Sebastian Briellmann

Kinder können oft kein Deutsch mehr – aus der Landes- ist eine Problemsprache geworden

In der deutschen Schweiz, so unterschiedlich sie sein mag, sollte zumindest die deutsche Sprache als Klammer dienen, die die Region als solche definiert. Doch diesen – eigentlich simplen – Befund kann man heute wohl nur noch in den Geschichtsbüchern nachlesen. Ein bedeutender Teil der Gesellschaft, der die Schweiz (künftig) prägen wird, ist der Landessprache zumindest nicht mehr mächtig: die Kinder.

Dieses Defizit akzentuiert sich seit Jahren und führt zu besorgt klingenden Schlagzeilen: «Wiederhole bitte»: wenn im Kindergarten nur eines von vier Kindern fließend Deutsch spricht» (NZZ). «Niveau im Sinkflug»: Schulkinder haben immer mehr Mühe mit Deutsch» («Tages-Anzeiger»). Die Schwierigkeiten mit der Sprache haben gravierende Folgen. 25 Prozent aller 15-Jährigen gelten als leistungsschwach, wie die letzte Pisa-Studie aufgezeigt hat. Diese Jugendlichen sind kaum in der Lage, einfache Alltagstexte einzuordnen.

Selbst an den Universitäten, so klagen manche Professoren, könnten sich die Studenten nicht mehr genügend gut ausdrücken – was in Prüfungen zur Folge habe, dass oftmals gar nicht mehr klarwerde, ob die Antwort nun richtig oder falsch sei. Problemsprache Deutsch.

Inakzeptable Situation

Bereits wenn Kinder in den Kindergarten kommen, sind viele überfordert, weil sie der Sprache gar nicht (oder nicht genügend) mächtig sind. In Basel-Stadt sind es knapp 40 Prozent. Im Baselbiet ein Drittel. In Zürich ein Viertel, im ländlichen Thurgau ebenfalls. Zahlen der Universität Basel zeigen, dass 55 Prozent der Kinder in der Schweiz eine oder mehrere Fremdsprachen sprechen. Jedes fünfte redet daheim sogar nie oder nur selten Deutsch.

Dabei sieht die Schweizerische Eidgenossenschaft bürokratisch-nüchtern vor: «Die Kenntnis einer Landessprache ist eine Grundvoraussetzung für die erfolgreiche berufliche und soziale Integration.» Was selbstverständlich klingt, ist heute oft Wunschdenken. Im «Bildungsbericht Schweiz» steht geschrieben: Kinder, die fremdsprachig in den Kindergarten eintreten, haben im Schnitt tiefere Bildungsabschlüsse als diejenigen, die die Landessprache beherrschen.

Dass das keine akzeptable Situation ist, haben auch die Kantone und Gemeinden erkannt. Als Pionier gilt Basel-Stadt, was nicht verwundern kann. Die Basler Schüler sind zwar die teuersten gemäss Bundesamt für Statistik, aber auch die schlechtesten. Der Ausländeranteil im Stadtkanton ist hoch.

Grosser Förderbedarf

Das bewog den früheren Erziehungsdirektor Christoph Eymann zu einem einschneidenden Schritt: Wer als Kind kein Deutsch spricht, muss in die obligatorische Frühförderung. Der Kanton verschickt seit 2013 jedes Jahr an alle Haushalte mit kleinen Kindern, die eineinhalb Jahre später in den Kindergarten kommen, einen Fragebogen. Anhand der Antworten wird evaluiert, wer einen Förderbedarf hat.



Entwickelt worden ist dieses System vom Team von Alexander Grob, einem Psychologieprofessor an der Universität Basel. In diesem Jahr wird der Fragebogen in 466 von 1391 Gemeinden in der Deutschschweiz genutzt. Das Interesse lässt sich gut begründen. In den Untersuchungen, sperrig «Sprachstanderhebung» genannt, zeigen sich durchaus ansprechende Verbesserungen. Grob sagt: «Die Frühförderung wirkt.»

Das ist, einerseits, eine richtige Feststellung, es bleiben, andererseits, auch viele Fragen offen. Das zeigt eine umfassende Analyse aus dem vergangenen Jahr, in der die Deutschkompetenz von über 23 000 Kindern untersucht wurde. Die Ergebnisse geben Anlass zur Sorge. Nur 43 Prozent der Kinder sprechen daheim ausschliesslich Deutsch – bei 37,5 Prozent kommt der deutschen Sprache einhalb Jahre vor dem Kindergarteneintritt keine «vorrangige Bedeutung» zu. Wer mit einer anderen Sprache oder multilingual aufwächst, hat in 55 Prozent der Fälle einen Förderbedarf.

Insgesamt kann laut der Studie jedes dritte Kind mit zirka drei Jahren nur ungenügend Deutsch. Das bedeutet konkret, dass ein Kind den Schwellenwert eines gewissen Niveaus nicht erreicht. Diese Marke wurde anhand der Sprachfähigkeit von Muttersprachlern ermittelt. Bei diesen gelten 70 Prozent als durchschnittlich, 15 Prozent als besonders und 15 Prozent als unterdurchschnittlich begabt. Letztgenannte gelten als «sprachentwicklungsverzögert» – und bedürfen einer Förderung.

Migranten haben Mühe

Wenn Deutsch jedoch nicht die Muttersprache ist, brauchen 70 Prozent der Kinder eine Sprachförderung. Der allergrösste Teil dieser Kinder hat keine kognitiven Einschränkungen und anderweitigen Entwicklungsauffälligkeiten. Sie verstehen die Landessprache zu wenig – oder gar nicht. Weil sie kaum Berührung mit ihr haben.

Nicht gefördert wird, so sagt es Grob, wer Defizite hat, aber trotzdem dem Unterricht folgen kann – obschon Deutsch nicht die Muttersprache ist. Diese Kinder rutschen gerade noch so durch, sind also keineswegs exzellent. Immerhin: Die obligatorische Frühförderung bringt eine Verbesserung. Das konnte Grob in einer noch nicht veröffentlichten Studie nachweisen.

Untersucht wurde dabei das Deutschniveau, das 315 Kinder im Alter von drei Jahren haben – und welchen Fortschritt sie einhalb Jahre später vor dem Start des Kindergartens vorweisen können. Das Resultat ist eindrücklich. Starteten die Dreijährigen mit Förderbedarf im Durchschnitt bei einem Wert von 8,8 Punkten, lag er achtzehn Monate später bei durchschnittlich über 20 Punkten.

Alexander Grob sagt, dass dies ein «gutes Ergebnis» sei. Natürlich liege es immer noch unter dem Schwellenwert, «aber 53 Prozent der Kinder liegen nach einem Jahr darüber». Und gerade die ehemals Schwächsten machten die deutlichsten Fortschritte. Das sei, so vermutet Grob, auch der Grund, warum mittlerweile so viele Gemeinden mitmachten.

Die Frühförderung als Wundermittel hochzujazzen, das das Problem aus der Welt schafft, wäre allerdings übertrieben. Dafür fehlen mehr belastbare Informationen. Zwei Beispiele: Erstens ist das Angebot nur in den Kantonen Basel-Stadt und Thurgau sowie in zwei weiteren Gemeinden (Saanen [BE], Grenchen [SO]) verpflichtend, wie Grobs Team mitteilt. In allen anderen Gemeinden ist die Frühförderung freiwillig. Ebenso unterscheidet sich stark, an wie vielen Halbtagen die Kinder überhaupt in den Deutschunterricht müssen. Grob kann deswegen noch nicht sagen, ob sich der Zwang



auszahlt – und ob es sich noch mehr lohnt, wenn man Kinder beispielsweise drei statt nur zwei Halbtage verpflichtet, in die Frühförderung zu gehen.

Zweitens ist auch nicht klar, wie sehr die Fortschritte der für die Studie begleiteten Kinder alleine der Frühförderung zuzuschreiben sind. Grob hat nämlich auch belegen können, dass ein Besuch in einer Betreuungseinrichtung – einer Spielgruppe oder einer Kita – vor der eigentlichen Förderung die «Sprachentwicklung» massiv beschleunigt. Wer schon davor mehr als 16 Stunden in einer solchen Einrichtung war, kann mehr als doppelt so gut Deutsch wie jemand, der nur daheimblieb. 50 Prozent der Kinder, die eine Deutschförderung brauchen würden, waren in keiner Einrichtung.

Millionen für unklare Resultate

Das führt zu der Frage, wie sinnvoll es überhaupt ist, Millionen von Franken in ein System zu pumpen, dessen Erfolg nicht präzise messbar ist. Grob sagt zwar: «Es ist schon ein Erfolg, dass wir sagen können, dass die Frühförderung etwas nützt.» Aber das sehen nicht alle so. Bekannte Lehrer wie Alain Pichard zweifeln den Nutzen dieser Frühförderung an.

Auch Grob sagt, dass er gerne mehr Daten zur Verfügung hätte. Das ist jedoch auch eine politische Frage. Denn wenn ein Thema mit Migration zu tun hat, wird es schnell heikel. Grob hat beispielsweise belegt, was zwar logisch klingt, aber nie erwiesen war: Je mehr Eltern pro Quartier oder Bezirk nicht deutschsprachig sind, desto schlechter reden ihre Kinder Deutsch. Deshalb stellt sich die Frage, ob eine bessere Durchmischung hilfreich wäre.

Grob sagt: «Wir wissen es nicht, weil wir es nicht untersuchen können.» Dabei wären das die wichtigen Fragen, wie auch er sagt. Denn die Sprache ist für Grob «mitentscheidend», damit in der Schweiz nicht dasselbe passiert wie in Deutschland: «Wir sehen dort in Brennpunktschulen, etwa in Berlin, dass man mit Deutsch gar nicht erst anfangen muss.»

So weit ist es in der Schweiz noch nicht, aber Grob beobachtet, dass auch hier in Quartieren mit hohem Migrationsanteil oft eine ethnische Gruppe dominiert. «So haben die Kinder keinen Druck, Deutsch zu lernen, sie kommen gut mit ihrer Sprache durch.»

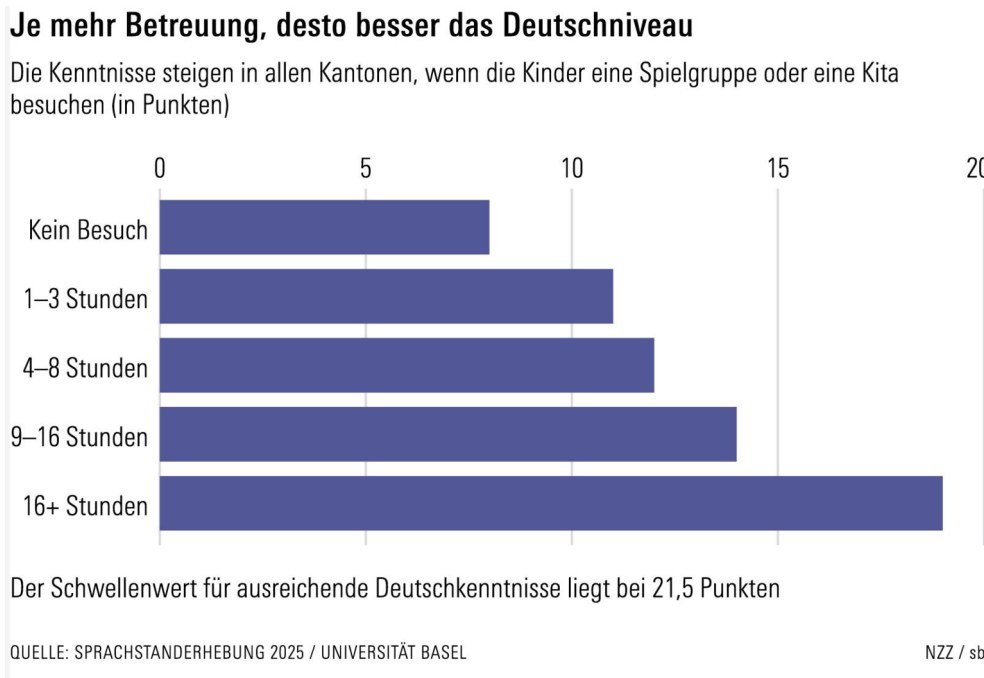
Quoten in den Quartieren?

Und da beginnt das Problem. In der Schweiz gilt das frei wählbare Wohnrecht, man könne nicht einfach «umsiedeln», sagt Grob, «wir leben zum Glück nicht in stalinistischen Zeiten». Auf der anderen Seite nennt er Dänemark als Beispiel, das den Anteil an «nichtwestlichen Bewohnern» in Brennpunktquartieren gezielt senkt, also mit Zwang agiert. Er selbst könne sich dies vorstellen, sagt Grob, «mit Blick auf die Chancengerechtigkeit gegenüber Kindern». In der Politik sehe er dafür jedoch keine Mehrheiten. Dabei sei die Schweiz gar nicht so fair, wie viele meinten.

Ein Beispiel: In der Schweiz hat jedes Kind das Recht auf dieselbe Bildung. Gleichzeitig sei es erwiesen, sagt Grob, dass die Leistungen der Kinder in schlecht durchmischten Quartieren mit hohem Ausländeranteil geringer seien. «Eigentlich müsste man mehr in diese Bezirke investieren, dann entstünde allerdings eine neue Ungleichheit.» Diese müsse man, um des besten Resultats willen, jedoch in Kauf nehmen. Grob hat auch eine Idee: Er würde gerne für die Deutschschweiz ein System implementieren, das aufzeigt, welche Gemeinden für wie viele Kinder eine Frühförderung benötigen.



In Abhängigkeit vom ausgewiesenen Bedarf sollten Fördergelder auf Gemeindeebene investiert werden – ähnlich dem Modell des Lastenausgleichs, sagt Grob, «so könnten wir evidenzbasiert Ressourcen zielführend einsetzen. Als sinnvolle Präventivmassnahme, bevor soziale Probleme entstehen.» Damit es nicht, wie in anderen Ländern, zu Ghettobildungen kommt. Und die Sprache wieder das ist, was sie sein sollte: eine Klammer für eine (zunehmend) heterogene Gesellschaft.



Bücher sind das seelisch reichhaltigste Medium

NZZ, 25. Februar 2026, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Klaus Zierer

Digitale Medien werden immer verführerischer und raffinierter – allerdings liefern sie zumeist nur vorgefertigte Welten. Gastkommentar von Klaus Zierer

Goethes Faust in «neunzig Sekunden», Schillers Räuber in «zwei Minuten» oder der Zauberberg von Thomas Mann «kurz einmal erklärt»? Was jeder, der die Werke gelesen hat, als Unsinn bezeichnen würde, ist im digitalen Zeitalter gang und gäbe. Denn der Zeitgeist ist geprägt von einem «Wissen to go». Wer aber meint, dass er dann irgendetwas verstanden hat, dem sei hiermit gesagt: mitnichten.

Historisch betrachtet ist der Zeitgeist mehr als interessant: Seit Beginn der Menschheitsgeschichte ist versucht worden, das gesprochene Wort zu verschriftlichen. Dabei ging es nicht nur um die Möglichkeit des Vervielfältigens, sondern auch und vor allem um das Verstehen. Das Mündliche ins Schriftliche zu überführen, galt als Zeichen einer Hochkultur – ob bei den Sumerern, den Ägyptern oder den Griechen und den Römern.



Das Interessante an der gegenwärtigen Entwicklung ist, dass der Weg wieder zurückgeht: vom Schriftlichen zum Mündlichen. So wächst der Markt bei Hörbüchern weiterhin stark, und ebenso steigt das Interesse an Podcasts, gerade bei jungen Menschen. Nicht wenige rühmen sich sogar mit dem, was sie gerade alles hören oder sehen: Kant, Heidegger, Habermas. Alles per Knopfdruck im Ohr – aber auch im Hirn?

Aus empirischen Studien wissen wir nur allzu gut, dass das nicht der Fall ist. Aus zwei Gründen, die auch für die Entwicklung einer Hochkultur entscheidend waren: Erstens ist das Schreiben ein besonders weitschichtiger Denkprozess. Seine Gedanken in Worte zu fassen und zu präzisieren, Sätze zu formulieren und umzustellen, all das ist nicht zu vergleichen mit einer Rede. Diese hat zwar durchaus ihre Vorteile, wenn es um Spontaneität und Kreativität geht, wie schon Platon für den Fall herausarbeitete, dass auf die Rede ein Dialog folgt.

Aber Schreiben heisst im Anschluss an Seneca eben auch Lernen und damit Verstehen. Beim Lesen ist es ähnlich. Auch hier finden neurologisch betrachtet tiefgreifendere Aktivitäten im Gehirn statt als beim Zuhören. Wenn wir also heute beobachten können, dass ein «Turn» vom Schriftlichen über die Vereinfachung von Werken hin zum Mündlichen stattfindet, dann ist dies als kultureller Rückschritt zu bewerten.

Erwachsenen kann man schwer sagen, wie sie ihre Freizeit gestalten sollen. Aber die Empfehlung sei gestattet: lesen statt hören oder sehen. In der Schule hingegen ist es anders. Auch hier ist die Abwendung vom Schriftlichen und die Hinwendung zum Mündlichen beobachtbar. Klassiker werden immer seltener gelesen – und falls doch, dann muss eine «Easy-Sprache» her, wie an Berliner Gymnasien, oder eine von KI generierte Zusammenfassung.

Nichts gegen didaktisch sinnvolle Vereinfachung, aber wenn diese nicht mehr das Mittel, sondern das Ziel ist, dann ist sie pädagogisch wertlos. Auch Podcasts kommen dank naiver Digitalisierung besonders gut an, kann man sie doch überall und jederzeit nebenbei geniessen. Und auch der Film zum Buch ist «in», der in der Regel den Lektüreunterricht als Höhepunkt und als Belohnung abschliesst. Diese Pädagogik aber ist falsch. Denn sie vergiftet die Anstrengung davor und nimmt ihr die Bedeutung. Wenn schon ein Film geschaut wird, dann immer nur als kritisches Produkt, das aus einem literarischen Werk gemacht worden ist.

KI ist in diesem Kontext von grösserer Brisanz, weil viele Lehrer sie bereits nutzen, und es werden auch immer mehr. Sie kann nicht nur Texte verkürzen, sondern auch Podcasts, sogar Videos erstellen. Selbst die Reise in die Vergangenheit ist möglich: das Schlachtfeld von Verdun, der Kessel in Stalingrad oder das Zimmer von Anne Frank – wie aufregend! Aber alles, was glänzt, ist nun einmal nicht unbedingt Gold. Denn meist ist diese Welt dann der einzige Schimmer, der im Kopf der Schüler ankommt, wo er genauso schnell verblasst, wie er aufgetaucht ist.

Virtuelle Welten sind immer selektiv, ja sogar manipulativ, vorgefertigt, reduziert. Sie machen aus Menschen Konsumenten und nehmen ihnen die Aufgabe ab, sich selbst ein Bild zu machen, kreativ zu sein, die Perspektive des anderen einzunehmen. Beim Podcast verhält es sich ähnlich: Das Zuhören verdammt zum Konsumieren, reduziert Denkleistungen und muss an der Oberfläche bleiben, weil der Sprecher das Gesagte so einfach darlegen muss, dass es beim Hören verstanden werden kann. Man stelle sich hierzu nur Heidegger als Podcaster vor.



Wenn Lesen folglich so bedeutsam ist, dann muss im Schulsystem dem Lesen mehr Aufmerksamkeit zuteilwerden. Aber wie kann das in einer Welt gelingen, die durch und durch von «Wissen to go» geprägt ist? Johann Friedrich Herbart hatte zu Beginn des 19. Jahrhunderts den Gedanken formuliert, dass Schule die Aufgabe der Erweiterung des Gedankenkreises hat. Wenn Kinder heute über siebzig Stunden in der Woche vor Bildschirmen verbringen, wie die Postbank-Digitalstudie 2025 offenlegte, dann muss Schule eine Alternative aufzeigen. Und hier kommt das Buch ins Spiel, das viele schon nicht mehr kennen: Lesen ist, wie die amerikanische Erziehungswissenschaftlerin Maryanne Wolf bemerkt, ein einzigartiger Schlüssel zu sich und zur Welt. Die Schule der Zukunft muss eine Leseinsel sein: zurück zum Buch!

Klaus Zierer ist Ordinarius für Schulpädagogik an der Universität Augsburg.

Kantonsrat will Lehrpersonen 83 Millionen mehr Lohn zahlen

Tages-Anzeiger, 3. März 2026, Zürich, Fabienne Sennhauser

Neuer Berufsauftrag • Die Gehälter an Zürcher Schulen geben im Parlament abermals zu reden. Nun könnte es zum Showdown an der Urne kommen.

Zürcher Lehrkräfte können in Zukunft mehr Stunden für Extraarbeiten wie die Vor- und Nachbearbeitung des Unterrichts, Elterngespräche oder das Organisieren von Schulreisen und -lagern abrechnen. Der Kantonsrat hat gestern die entsprechenden Anpassungen im Lehrpersonalgesetz gutgeheissen.

Bereits im Januar hat das Parlament in erster Lesung ausführlich über das Geschäft diskutiert und im Zuge dessen auch über verschiedene Anträge abgestimmt. Gestern stand nun eigentlich nur noch die definitive Schlussabstimmung auf der Traktandenliste. Eigentlich.

FDP-Kantonsrat Marc Bourgeois überraschte die Parlamentarierinnen und Parlamentarier nämlich mit einem neuen alten Antrag und löste damit erneut eine emotionale Debatte über die Entlohnung von Zürcher Lehrpersonen aus. Sie könnte an der Urne eine Fortsetzung finden.

Lektionenfaktor und Pauschale sind umstritten

Konkret gestritten wurde gestern über den sogenannten Lektionenfaktor. Der liegt aktuell bei 58. Das heisst: Für jede Wochenlektion bekommt eine Lehrperson 58 Arbeitsstunden vergütet. Hochgerechnet auf ein Schuljahr mit 39 Wochen, heisst das: Für jede einzelne Lektion sind weitere 45 Minuten Arbeit bezahlt. In dieser Zeit muss der Unterricht vorbereitet werden, aber auch alle anderen Aufgaben - wie das Korrigieren von Prüfungen oder das Organisieren von Exkursionen - erledigt werden.

Der zweite Streitpunkt war die Pauschale für Klassenlehrpersonen. 100 Stunden werden Klassenlehrpersonen heute für ihre Zusatzaufgaben zugestanden. Dazu gehören das Organisieren und



Durchführen von Elterngesprächen oder auch das Koordinieren von heilpädagogischen oder logopädischen Abklärungen.

Sowohl Lektionenfaktor als auch die Klassenlehrperson-Pauschale seien zu tief angesetzt, klagt der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband seit Jahren. Im Schnitt würden die Zürcher Lehrpersonen jedes Jahr acht Wochen unbezahlte Überzeit leisten.

Eine Allianz von GLP, Grünen, SP, AL und EVP entschied im Januar darum, den Lektionenfaktor auf 59 und die Klassenlehrer-Pauschale auf 160 Stunden zu erhöhen. Damit folgte der Rat der Mehrheit der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) und ging deutlich über den Vorschlag des Regierungsrats hinaus, der lediglich 120 Stunden vorgesehen hatte. Den regierungsrätlichen Vorschlag brachte Marc Bourgeois nun erneut aufs Tapet.

Der Entscheid vom Januar führe für die Zürcher Städte und Gemeinden zu massiven Mehrkosten, mahnte Bourgeois. Ein breites Behördenreferendum sei darum programmiert. 83 Millionen Franken Zusatzkosten pro Jahr hätte der Vorschlag der KBIK zur Folge. 80 Prozent davon werden die Gemeinden tragen müssen, der Rest entfällt auf den Kanton.

Ein Referendum, befand Bourgeois, könnte darum durchaus Chancen haben: «Die Löhne in der Volksschule sind heute schon gut, und es wird nicht einfach, der Bevölkerung zu erklären, dass die Lohnsumme um viele Dutzend Millionen pro Jahr steigen soll, ohne dass zugleich wesentliche Reparaturarbeiten vorgenommen werden.»

SVP und Mitte unterstützten den Antrag der FDP. Gemeinsam verfügen die bürgerlichen Parteien über gleich viele Sitze wie die Allianz aus GLP, Grünen, SP, AL und EVP. Wie schon im Januar musste die Präsenzdisziplin entscheiden. Und erneut fiel sie mit 90 zu 87 Stimmen zugunsten der Mitte-links-Allianz aus.

Winterthur prüft Referendum

Als «Schritt in die richtige Richtung» bezeichnete die Gewerkschaft des öffentlichen Personals (VPOD) den Beschluss des Kantonsrats gestern. «Der Kompromiss 59/160» bleibe aber weit hinter dem zurück, was es brauche. Der VPOD wolle weiter für einen Unterrichtsfaktor von 62 Stunden und 250 Stunden für Klassenlehrpersonen kämpfen. Der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband ersuchte die Gegner des Kompromisses derweil, «für eine funktions- fähige und starke Volksschule auf ein Referendum zu verzichten».

Ob der Wunsch erhört wird, ist mehr als unsicher: Wie der Präsident des Verbands der Gemeindepräsidenten, FDP-Kantonsrat Jörg Kündig, gestern erklärte, haben bereits 60 Gemeinden, darunter auch die Stadt Winterthur, angekündigt, ein Referendum prüfen zu wollen. 30 Tage haben sie nun dafür Zeit.

Um eine Volksabstimmung über einen Beschluss des Kantonsrats herbeizuführen, sind im Kanton Zürich zwölf Gemeinden erforderlich. Den Spezialfall bilden die Städte Zürich und Winterthur, diese können jeweils allein das Behördenreferendum ergreifen.

Der Winterthurer Stadtrat teilte gestern auf Nachfrage mit, man habe den Entscheid des Kantonsrats zur Kenntnis genommen und werde zeitnah über das weitere Vorgehen beraten. Und die Stadt



Zürich? Es gebe im Schulamt und bei der Zürcher Schulpflege keine Position zum neuen Lehrpersonalgesetz, teilt ein Sprecher mit.

Eine Volksabstimmung über Lehrerlöhne ist so gut wie sicher

NZZ, 3. März 2026, Zürich und Region, Marius Huber

Bürgerliche haben vergeblich davor gewarnt, dass die verbesserten Anstellungsbedingungen die Kommunen finanziell überforderten

Die Warnung der bürgerlichen Parteien war unmissverständlich: Wenn das Parlament jetzt nicht einlenke, werde es im Kanton Zürich eine emotional aufgeladene Diskussion über Lehrerlöhne geben. Und eine Volksabstimmung darüber, ob fast 100 000 bis 150 000 Franken im Jahr nicht gut genug seien. Das werde der Schule schaden. Von der Gegenseite tönte es am Montag zurück: Wenn es eine solche «schmutzige» Diskussion über die Löhne gebe, dann nur, weil die bürgerlichen Parlamentsmitglieder eine solche gerade anzettelten. Man lasse sich von solchen Drohungen nicht einschüchtern.

Weil beide Seiten auf ihren Positionen beharrten, wird es in absehbarer Zeit wohl tatsächlich zu einer Volksabstimmung kommen. Und sie wird sich um die Grundsatzfrage drehen, ob das Zürcher Lehrpersonal heute angemessen entschädigt wird. Dazu – so viel ist absehbar – wird fast jeder eine Meinung haben.

Auslöser ist ein Zufallsmehr in einer Abstimmung von Mitte Januar, die die Gemüter in vielen Zürcher Gemeinden in Wallung versetzte. Damals hatte das Kantonsparlament beschlossen, Lehrerinnen und Lehrer zu entlasten, indem es ihnen für jede Lektion mehr Vorbereitungszeit gewährt als heute. Und den Klassenlehrpersonen zudem deutlich mehr Zeit für Zusatzaufgaben wie Elterngespräche.

Die Gemeinden müssen zahlen

Die Rechnung, was dies unter dem Strich bedeutet, ist schnell gemacht: Lehrerinnen und Lehrer werden bei gleichbleibendem Pensum für den bisherigen Lohn weniger Lektionen geben können als heute. Es braucht also mehr Personal. Das kostet viel Geld, einen zweistelligen Millionenbetrag jedes Jahr. Und diese Kosten werden zum Grossteil an den Zürcher Gemeinden hängen bleiben, die 80 Prozent der Löhne bezahlen.

Die bürgerlichen Parteien hätten einen Vorschlag der Kantonsregierung bevorzugt, der weniger weit gegangen wäre und jährliche Kosten von lediglich gut 30 Millionen Franken ausgelöst hätte. Ihnen fehlten aber im Januar in der entscheidenden Abstimmung zwei Stimmen. Deshalb setzte sich die Linke im Verbund mit der GLP und der EVP durch. Und deren Lösung hat ein Preisschild von über 80 Millionen Franken. Davon müssten die Gemeinden 67 Millionen Franken zahlen.



Am Montag, eineinhalb Monate später, versuchte der FDP-Kantonsrat Marc Bourgeois (Zürich), den damaligen Entscheid zu kippen. Im Rahmen der Zweitlesung, bei der es in der Regel nur noch um Formalien wie die korrekte Interpunktion einer Vorlage geht, stellte er den Antrag, auf den ursprünglichen Antrag der Regierung zurückzukommen. Also auf eine Lösung, die die Lehrpersonen entlaste, ohne in den Gemeinden «massive Mehrkosten» auszulösen. Wenn man ihnen nicht entgegenkomme, sagte Bourgeois, würden sie daher das Referendum ergreifen und so eine Volksabstimmung erzwingen.

Es ist ein Szenario, vor dem auch der Bildungsdirektorin Silvia Steiner graut. Als sich Mitte-links im Januar anschickte, das von ihr geschnürte Entlastungspaket deutlich auszubauen, warnte sie: «Etliche Gemeinden haben bereits klargemacht, dass Mehrausgaben in diesem Umfang ein No-Go sind.» Es drohe ein Abstimmungskampf, in dem die Lehrerlöhne zum «Spaltpilz» würden. «Bei einem Nein stünden wir vor einem Scherbenhaufen.»

Wie wahrscheinlich dieses Szenario inzwischen geworden ist, machte nun der FDP-Kantonsrat Jörg Kündig (Gossau) deutlich, der dem Verband aller Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten vorsteht. Er sagt, dass 60 der 160 Zürcher Gemeinden das Referendum ergreifen wollen – damit es zustande kommt, wären nur deren 12 nötig. Der SVP-Kantonsrat Stefan Schmid (Niederglatt) rechnete vor, dass die Vorlage in seiner Gemeinde höhere Kosten auslöse als für das gesamte Polizeiwesen. Und dass finanzschwache Gemeinden, die dieses Geld nicht anderswo einsparen könnten, die Steuern um drei oder vier Prozentpunkte erhöhen müssten.

Ärger über das «Gejammer»

Kündig wünschte daher seinen politischen Gegnern «viel Vergnügen», wenn sie sich einem Abstimmungskampf über Lehrerlöhne stellen wollten. Und Bourgeois erinnerte daran, dass das Einstiegsgehalt einer Lehrperson mit über 99 000 Franken weit über dem Zürcher Mittelwert liege – der Bevölkerung zu erklären, warum das nicht genug sei, werde interessant.

Der EVP-Kantonsrat Markus Schaaf (Zell) erwiderte, man habe keine Angst vor dem Referendum. Das Jammern über die finanzielle Belastung der Gemeinden habe wenig mit der Realität zu tun: Diese seien in Bereichen wie dem Strassenbau oder dem Gesundheitswesen durch den Kanton stark entlastet worden – und hätten dies genutzt, um ihre Steuern zu senken. Auch Karin Fehr Thoma von den Grünen, Stadträtin aus Uster, bezeichnete das «Gejammer» als «massiv übertrieben». Für einzelne Gemeinden werde die Übung zwar anspruchsvoll, aber auf 2026 hin hätten deutlich mehr Gemeinden die Steuern gesenkt als erhöht.

Auch diesmal fiel die Abstimmung im Parlament mit 90 zu 87 Stimmen wieder knapp aus, erneut fehlten nur zwei Stimmen. Aber am Ende setzten sich jene durch, die wie die Primarlehrerin Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil) argumentieren, dass das Lehrpersonal unzählige Überstunden leiste, ohne dafür bezahlt zu werden. Oder die sogar wie Livia Knüsel (Grüne, Schlieren) – auch sie eine Lehrerin – die Lösung von Mitte-links als «absolutes Minimum» bezeichneten.

Ähnlich tönte es am Montag auch von der Gewerkschaft VPOD, deren Forderungen noch viel weiter gehen. Was das Zürcher Parlament nun beschlossen habe, könne bloss ein erster Schritt sein. «Wir erwarten von den Gemeinden, dass sie sich zu ihrer Verantwortung bekennen – auch finanziell», sagt Sophie Blaser, eine führende Gewerkschafterin.



Ob sich diese fordernde Haltung auszahlt, wenn das Thema dereinst an die Urne kommt? Darauf ist man jetzt in beiden politischen Lagern gespannt.

«Alle sind gestresst bei der Gymiprüfung»

NZZ, 27. Februar 2026, Front

Die Schülerin Lily Houben weiss, wie man den Test besteht

R. Sc. · Am kommenden Montag findet im Kanton Zürich die Aufnahmeprüfung fürs Gymnasium statt. Deutsch, Mathematik, Aufsatz, drei Teilprüfungen in wenigen Stunden: Es ist eine Herausforderung für alle Beteiligten. Und eine Zürcher Besonderheit. Andere Kantone setzen auf einen prüfungsfreien Übertritt. Zürich hingegen hält eisern an seinem Prozedere fest. Mit Folgen: Die Gymnasiastin Lily Houben, Präsidentin des Verbandes der Schülerorganisationen in der Schweiz und Liechtenstein, sagt im Interview mit der NZZ: «Alle sind gestresst.» Für Eltern gelte das wahrscheinlich noch mehr als für deren Kinder.

Die Zürcher Prüfung ist denn auch umstritten. Zu viel hänge an der Tagesform, die Inhalte seien nicht mehr zeitgemäss, das digitale Zeitalter verlange andere Fertigkeiten, behaupten Kritiker. Die Lernforscherin Martina Rau hält dagegen. An der Prüfung seien grundlegende Fertigkeiten fürs Gymnasium gefragt: logisches Denken, strukturiertes Vorgehen, Problemlösefähigkeiten. Und Ausdauer und Durchhaltevermögen. «Das sind elementare Voraussetzungen, keine Modeerscheinungen», sagt die ETH-Professorin. Die Prüfung sei auch nicht unfair. Aber sie bringe Ungleichheiten in der Gesellschaft zum Ausdruck.

Es ist ein bekanntes Problem: Fremdsprachige Kandidaten haben einen Nachteil, obwohl sie womöglich intelligent genug wären. Dasselbe gilt aber auch für einheimische Prüflinge, die kaum ein Buch zur Hand nehmen. Lily Houben sagt: «Ich bin eine Leseratte. Ich hatte schon früh einen breiten Wortschatz. Das ist ein Riesenvorteil.» Ein weiterer Trumpf der 17-Jährigen: Ihr Vater ist gut in Mathematik. Ohne ihn hätte sie die Gymiprüfung nicht geschafft, sagt die junge Frau rückblickend.

Und wenn man diese Unterstützung nicht hat, was dann? Künstliche Intelligenz eröffnet viele neue Möglichkeiten: Schnelles Feedback, und die Geduld des Lehrer-Bots am Bildschirm ist endlos. Hier gibt es keine «dummen» Fragen, die viele Schüler sonst nicht zu stellen wagen. Aber auch hier lauern Fallstricke. Die Maschine weiss fast alles. Das macht bequem. «Der Mensch lernt am besten, wenn Denken anstrengend ist», sagt Martina Rau.



«Ohne meine Eltern hätte ich das nicht hinbekommen»

NZZ, 27. Februar 2026, Zürich und Region, Robin Schwarzenbach

Lily Houben gehörte zu den Besten ihrer Primarklasse. Den grossen Stress bei der Prüfung fürs Gymnasium hätte sie dennoch gerne vermieden. Wie man am besten lernt, erläutert die ETH-Professorin Martina Rau im Gespräch mit Robin Schwarzenbach

Frau Houben, am Montag ist Gymiprüfung. Sie haben 2020 die Aufnahme ins Langgymnasium geschafft. Vergangenes Jahr mussten Sechstklässler in Mathematik folgende Aufgabe lösen:

$$\left(\frac{\square}{7} \text{ von } 2 \text{ h } 55 \text{ min}\right) - \frac{4}{5} \text{ h} = 27 \text{ min}$$

Wie hätten Sie die fehlende Zahl im Kästchen damals bestimmt?*

Lily Houben: Heute weiss ich, wie. Aber an meiner Gymiprüfung hätte ich kaum verstanden, dass das eine Gleichung ist und dass man hier auf beiden Seiten die gleichen Operationen durchführen muss, um zum Ergebnis zu kommen. Rechnen mit Variablen hatten wir nicht in der Primarschule.

Und Sie haben solche Aufgaben trotzdem lösen können?

Houben: Ja, schon. Ich war in der Prüfungsvorbereitung meiner Schule. Ich wollte ins Gymnasium. Daher war für mich klar: Ich mach das jetzt einfach!

Aber wie?

Houben: Ich hätte mir gesagt: 2 Stunden 55 sind 175 Minuten, vier Fünftel Stunden sind 48 Minuten. Wie bekomme ich das Minus weg? Aber das «von» hätte ich mir sprachlich zurechtlegen müssen. Ich wäre nicht draufgekommen, dass man den Bruch in der Klammer mal 175 rechnen kann. Das ist das Problem bei der Gymiprüfung: Man übt, Dinge auswendig zu lernen, um irgendwie ins Ziel zu kommen. Ohne das System zu verstehen, das dahintersteckt. So kann man nichts mitnehmen für weiterführende Aufgaben.

Wie lernt man richtig?

Martina Rau: Lernen heisst verstehen. Das lässt sich leicht überprüfen. Etwa, indem man den Stoff jemand anderem erklärt. Lässt sich das auch auf andere Beispiele übertragen? Wenn das funktioniert, hat man's selber verstanden.

Houben: Ich habe viel mit meinem Vater gelernt damals. Er ist gut in Mathematik. Das hat mir sehr geholfen. Ich war auch in der Begabtenförderung. Aber ohne die Unterstützung meiner Eltern hätte ich die Gymiprüfung trotzdem nicht hinbekommen. Der Unterschied zwischen Schulstoff und Prüfungstoff ist sehr gross.

Das sagen viele Schüler und Eltern. Hat Sie das geärgert damals?

Houben: Ich habe es nicht hinterfragt. Die Prüfung ist schwierig, keine Frage. Aber man lernt auch etwas dabei: dass man hart arbeiten muss im Gymnasium.

Die Zürcher Prüfung hat einen zweifelhaften Ruf. Es gibt Gymnasiasten in Zürich, die das Prozedere Jahre später als Quälerei bezeichnen.

Houben: Das sehe ich anders. Man macht das ja freiwillig. Aber die Prüfung ist anspruchsvoll. Primarschüler müssen drei Teilprüfungen an einem Vormittag schreiben. Von 8 Uhr bis 11 Uhr 45. Das



ist zu viel, zumal man leicht in einen Strudel hineingerät: Wenn die erste Teilprüfung schlecht läuft, kann sich das in der zweiten fortsetzen und vielleicht auch in der dritten. Die Gymiprüfung sollte nicht derart gedrängt stattfinden. Mehr Zeit zur Erholung und zum Abschalten wäre besser.

Rau: Prüfungen bringen immer nur die Leistung zu einem bestimmten Zeitpunkt zum Ausdruck. Diese Leistung zum Zeitpunkt X soll Aufschluss über das Potenzial der Schülerinnen und Schüler geben, und zwar über Jahre hinweg. Das wird nie perfekt gelingen. Tagesform und Prüfungsangst spielen auch eine Rolle. Genauso wie die Frage, welche Ressourcen die Schüler bei der Vorbereitung zur Verfügung hatten. Aber bei der Bewertung der Prüfungsleistung sind diese Faktoren irrelevant.

Die Aufnahmeprüfung kommt seit Jahren gleich daher: Deutsch, Mathematik, Aufsatz. Ist das noch zeitgemäss?

Rau: Man will grundlegende Kompetenzen erfassen: logisches Denken, strukturiertes Vorgehen, Problemlösefähigkeiten, sprachliche Fertigkeiten, die einem erlauben, komplexe Sachverhalte zu verstehen. Ausdauer und Durchhaltevermögen. Das sind elementare Voraussetzungen, keine Modeerscheinungen.

Die Prüfung gilt als sehr sprachlastig. Mathe-Textaufgaben verlangen ein Sprachgefühl, die Deutschprüfung sowieso. Und man muss einen schwierigen Text verstehen. Hatten Sie Mühe damit?

Houben: Nein. Ich bin eine Leseratte. Ich hatte schon früh einen breiten Wortschatz. Das ist ein Riesenvorteil.

Kritiker behaupten, dass die Bildungselite mit derart klassischen Anforderungen an der Gymiprüfung ihren Besitzstand verteidige. Haben sie recht?

Rau: Wir sollten uns immer wieder fragen: Prüfen wir das Richtige? Aber die beiden Prüfungsfächer sind kein unerbittlicher Gegensatz, wie immer wieder behauptet wird. Das Gegenteil ist richtig: Mathematische Kompetenzen korrelieren sehr stark mit Sprachkompetenzen. Gleichwohl dürfte die Gymiprüfung für viele fremdsprachige Kinder eine sehr hohe Hürde sein. Nicht weil sie nicht intelligent genug wären, sondern weil ihnen sprachliche Voraussetzungen fehlen.

Finden Sie das unfair?

Rau: Die Prüfung an sich ist nicht unfair. Sie stellt dieselben Anforderungen an alle. Aber sie bringt Ungleichheiten in der Gesellschaft zum Ausdruck.

Houben: Es hilft nicht, die Situation als unfair zu bezeichnen. Es ist ein Fakt, dass sich Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund besonders schwertun an der Prüfung, obwohl sie fürs Gymnasium geeignet wären. Hier muss man eine Lösung finden.

Wie könnte die aussehen?

Houben: Die Förderung starker Primarschüler sollte ausgebaut werden. Und die Schulen sollten die Mittel nutzen, die ihnen zur Verfügung stehen. Wir waren an der Schule Bühl in Wiedikon regelmässig in der Bibliothek, für Leselektionen.

Könnte eine künstliche Intelligenz für fremdsprachige Kinder hier Abhilfe schaffen? Und für alle anderen?

Rau: KI-Tutoren haben Vorteile: Sie geben schnelles Feedback. Eine Maschine kann man alles fragen, immer wieder. Sie ist geduldig und beurteilt einen nicht. Bei Lehrern sind Kinder und Jugend-



liche gehemmter, da sie keine «dummen» Fragen stellen wollen. Viel Feedback kann auch dazu führen, dass Schüler öfter üben – und somit erfolgreicher sind beim Lernen.

Und die Nachteile?

Rau: Der Mensch lernt am besten, wenn Denken anstrengend ist. Wir müssen uns herausfordern, immer wieder. Wir müssen Ideen selber generieren, Texte selber schreiben. Künstliche Intelligenz ist verführerisch, weil man diese Arbeit leicht outsourcen kann. Wenn mir die Maschine einen Plan für einen Aufsatz diktiert, bedeutet das noch lange nicht, dass ich diesen Text selbst so schreiben könnte. Daher mein Tipp für die Vorbereitung: Zuerst so viel wie möglich selber machen – und sich dann erst Feedback einholen am Bildschirm.

Das klingt nach einer schönen neuen Schüler-Bot-Beziehung. Wozu noch zuhören im Unterricht?

Rau: Lehrerinnen und Lehrer leisten viel mehr als KI. Sie reagieren spontan, ohne Prompts. Sie motivieren ihre Schülerinnen. Sie bringen ihnen bei, nicht zu viel auf einmal zu machen. Sie geben ihnen machbare, aber nicht zu einfache Ziele vor. Sie zeigen ihnen, wie sie mit Fehlern umgehen können. Das kann keine Maschine.

Hätten Sie Ihre Probeaufsätze gerne mit einer KI besprochen, Frau Houben?

Houben: Ich würde das Feedback einer Lehrperson ganz klar bevorzugen. Aber das braucht Zeit. Wir sind bereits an einem Punkt, da Chatbots einen Text viel ausführlicher durchgehen können als Lehrerinnen und Lehrer, die noch viele andere Aufgaben zu bewältigen haben. Daher halte ich es für vertretbar, Aufsätze mit einer KI zu besprechen.

Machen Sie im Gymnasium auch Dinge mit KI, von denen die Lehrer nichts mitbekommen?

Houben: Das macht in unserer Klasse eigentlich niemand, weil alle wissen, dass man damit auffliegen würde.

Wirklich? Es gibt auch KI-Programme, die das Maschinelle aus KI-generierten Texten herausfiltern.

Houben: Also das habe ich bis jetzt noch nie ausprobiert. Manche Lehrpersonen unterbinden den Einsatz von KI. Das sind meist jene, die sich damit überhaupt nicht auskennen. Andere fördern die Technologie im Unterricht. Sie zeigen uns, wie man welche Tools am besten nutzt. Das finden wir vom Schülerverband viel besser als eine Verbotskultur. KI fördert kritisches Denken – wenn man es richtig macht.

Ich kenne einen Maturanden, der für die Deutsch-Matur keines seiner Bücher gelesen hatte. Er hatte nur mit KI gelernt – und dafür die Bestnote erzielt. Ist das clever oder verwerflich?

Houben: Also ich habe vor, alle meine Bücher zu lesen. Man muss sie doch verstanden haben an der Prüfung.

Rau: Prüfungsformate müssen angepasst werden, wenn wir feststellen, dass wir nicht mehr das prüfen, was wir prüfen wollen – weil Schüler mittlerweile ganz andere Wege gefunden haben, um sich vorzubereiten. KI nutzen statt Bücher lesen? Das ist Outsourcing von Denken.

Hier zeigt sich ein Grundkonflikt von Schule: Nicht nur Lehrer, auch Schüler haben immer weniger Zeit für ihre eigentlichen Aufgaben. Stattdessen gilt: Je schneller und effizienter, desto vermeintlich besser.

Rau: Das ist so, aber das sollten wir nicht einfach so hinnehmen. Lernen ist anstrengend. Wir alle



haben eine gewisse Faulheit in uns. Trotzdem haben wir die Pflicht, Prüfungen so zu gestalten, dass man das Denken nicht abstellen und trotzdem ins Ziel kommen kann.

Können Sie Eltern verstehen, die sich wegen der Gymiprüfung mehr Sorgen machen als ihre Kinder?

Rau: Ich weiss nicht, ob das wirklich so ist. Ich wäre schon froh, wenn mein Sohn gelassener wäre als ich. Es ist nicht das Ende der Welt, wenn man die Gymiprüfung nicht schafft. Das Schweizer Bildungssystem bietet viele Optionen. Lehrberufe können intellektuell stimulierend sein, man kann die Matur nachholen.

Ihr Bub ist fünf. Wie wollen Sie die Gymiprüfung dereinst angehen – falls es dazu kommen sollte?

Rau: Ich würde ihn fragen, ob er das wirklich will. Wenn das Gymnasium nicht das Richtige sein sollte, wäre das auch okay. Und wenn doch, würde ich ihn beim Lernen natürlich unterstützen, auch emotional. Mir tut es ein bisschen weh, zu sehen, wenn so junge Leute über einen längeren Zeitraum derart gestresst sind. Das ist nicht gut. Für Kinder nicht und für Erwachsene auch nicht.

Im Kanton Luzern gibt es keine Prüfung. Aufgenommen ins Langgymnasium wird, wer einen Notenschnitt von 5,2 in den wichtigsten Fächern vorweisen kann und für geeignet befunden wird. Wäre das besser als das Zürcher System?

Rau: Das müsste man untersuchen. Man sollte die verschiedenen Systeme nutzen, um voneinander zu lernen. Bei Noten und weiteren Einschätzungen von Lehrpersonen haben wir das Problem, dass sie subjektiv gefärbt sein können. Prüfungen machen Leistungen vergleichbarer.

Houben: Wir wünschen uns ein einheitlicheres System. Maturanden in der ganzen Schweiz machen denselben Abschluss für den gleichen Zugang zum Studium an den Universitäten. Aber die Anforderungen ans Gymnasium sind von Kanton zu Kanton verschieden – das ist doch seltsam. Für starke Schüler ist das Langgymnasium super, weil sie da gefördert werden. Aber den übermässigen Stress bei der Gymiprüfung hätte ich gerne vermieden.

* Die Lösung lautet: 3.

Spezialistinnen fürs Lernen und Lehren

R. Sc. • Lily Houben, die Präsidentin des Verbandes der Schülerorganisationen in der Schweiz und Liechtenstein, hat die Aufnahmeprüfung vor sechs Jahren bestanden. Nach zwei Jahren an der Kantonsschule Wiedikon besucht die 17-Jährige heute das Gymnasium Unterstrass in Zürich. Ihr Schwerpunkt: Philosophie/Pädagogik/Psychologie. Nach der Matur will sie an der Universität St. Gallen Wirtschaft und Recht studieren.

Martina Rau ist Professorin für Lehr- und Lernforschung an der ETH Zürich. Dort gehört sie zu einem Team, das die Mint-Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik an den Gymnasien stärken will. Vor ihrer Berufung nach Zürich 2023 forschte die Psychologin an der University of Wisconsin in den USA. Eines der Kernthemen der 41-jährigen Deutschen sind neue Lernmethoden samt Begleiterscheinungen am Bildschirm. Rau könnte sich einst selber mit der Zürcher Gymiprüfung befassen müssen: Sie hat einen Sohn im Vorschulalter.



Ballast aus dem Lehrplan streichen

Tages-Anzeiger, 5. März 2026, Forum, Leserbriefe

«*Tages-Anzeiger*» vom 2.3. «*Schafft die Gymiprüfung ab!*»

Glaubt Redaktorin Fargahi im Ernst, mit «Portfolios, Projekten und individuellen Beurteilungen» erreiche man mehr Gerechtigkeit als mit einer Prüfung? Die Lehrpersonen müssten dann an der Goldküste den Eltern einfach erklären, dass ihr Kind nicht ans Gymi gehört, und diese akzeptieren das? Schön wär's. Natürlich stehen einem die Haare zu Berge, wenn man liest, welch riesiger Aufwand betrieben wird, um den Nachwuchs ins Gymi zu hieven, aber das Problem liegt im grundsätzlichen Systemfehler, welcher durch die missglückten Schulreformen und den untauglichen Lehrplan geschaffen wurde. Nach sechs Jahren Primarschule sollten eigentlich die Kinder wie früher so ausgebildet sein, dass die Klassenspitze eine Gymiprüfung ohne grosse Mühe schafft, sonst stimmt etwas nicht. Siehe zum Beispiel das Schreiben von Aufsätzen. Diese fundamentale Fähigkeit müssten nicht Nachhilfeinstitute vermitteln, sondern die Primarschule. Dort gilt es deshalb, radikal auszumisten und allen Ballast aus dem Lehrplan zu entfernen, damit die Lehrkräfte entsprechend Zeit gewinnen. Könnte man nur schon all die vielen Lektionen, welche von den Frühfremdsprachen mit wenig oder keinem Nutzen absorbiert werden, für Deutsch und Mathematik verwenden, sähe die Situation wesentlich besser aus. Auf den Punkt gebracht: Die Ursache der ganzen Misere ist, dass man an der Gymiprüfung Können verlangt, welches an der Primarschule gar nicht mehr gelehrt wird.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Warum nicht die Maturaprüfung, ja alle Prüfungen abschaffen? Dann auch bei den Sportwettkämpfen jeglichen Leistungsvergleich abschaffen, denn dies ist ja auch eine «Prüfung». Es gäbe dann keine Wettkämpfe mehr, keine Siegerinnen und Besiegte. Die Rekorde auch noch abschaffen, so müsste man die Zeiten, Weiten etc. nicht mehr messen. So könnten dann alle z. B. im Fussball in einer einzigen Liga (alle Geschlechter und auch nicht nach Altersklassen) zusammen spielen, die Tore würden aber nicht gezählt, es gäbe auch kein Endresultat. Den Kindern entspräche dies nicht und wäre nicht gerecht. Sicher gibt es Verbesserungsmöglichkeiten in unserem Schulsystem, um die Chancengerechtigkeit zu verbessern, so die vorschulische Förderung, wie dies in Basel-Stadt schon gemacht wird. Aber mit falschen Aussagen, wie «Durchlässigkeit kaum vorhanden», ist niemandem gedient. So ist die Maturitätsquote seit 1980 von 10,6 bis 2022 auf 42,9 Prozent gestiegen, wobei die Frauen mit 49,6 vor den Männern mit 36,6 Prozent liegen - aber wir wollen ja keine Rangliste mehr machen.

Armin Tschenett, Luzern



Die extern gesteuerte Bildungsreform

NZZ, 6. März 2026, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Beat Kissling

Vor gut 25 Jahren hat die Schweiz ihre Eigenständigkeit in der Entwicklung ihrer Bildungsinstitutionen aufgegeben und sich im Hochschulbereich mit dem Bologna-Prozess wie auch in allen weiteren Schulstufen mit den Pisa-Studien dem Diktat internationaler Organisationen, sprich der EU und der OECD, unterstellt. Dies geschah ohne Notwendigkeit, zumal unser Bildungswesen weltweit einen ausgezeichneten Ruf genoss.

Als die Schweiz 1989 erstmals Bildungsexperten der OECD das Volksschulwesen evaluieren liess, sprachen diese in ihrem Bericht sehr anerkennend vom «Ethos der Schule», dem sie begegnet waren, und bestätigten damit die Verbundenheit der Bevölkerung mit der öffentlichen Schule. Damals lag die Aufsicht über die Volksschule bei der Schulpflege beziehungsweise beim Schulrat, einer Milizbehörde ganz im Sinne der direkten Demokratie. Inzwischen ist unter internationalem Einfluss alles professionalisiert worden: Managementstrukturen (Schulleitungen und Verwaltungsbeamte mit CEO-Status) steuern den «Schulbetrieb», kontrollieren mit Vergleichstests die Schülerleistungen, und Schulen und Lehrpersonen sind in andauernde Evaluationsschleifen eingebunden. Inhalte spielen eine untergeordnete Rolle.

Die ernüchternde Bilanz nach neun Schuljahren, siehe letzte Pisa-Studie, zeigt aber: Ein Viertel der Schülerinnen und Schüler kann kaum lesen und schreiben, etwas, das man normalerweise nach drei Schuljahren erreicht. Ausserdem entwickeln immer mehr Jugendliche psychische Störungen.

Und die Lehrpersonen? Wieso der dauernde Mangel? Die Überforderung aufgrund der überfrachteten Integration, der Zwang zur pädagogischen Abstinenz im heutigen «Classroom-Management» beim «selbstorganisierten Lernen» (coachen statt unterrichten), das zunehmende «teaching to the test» durch die utilitaristische Testkultur und die Ausweitung von Administrationsaufgaben haben aus dem Beruf weitgehend einen Verwaltungsjob gemacht. Viele Lehrkräfte leiden darunter, ihrer Berufung als Pädagoginnen und Pädagogen so nicht gerecht werden zu können, und wenden sich erschöpft und enttäuscht anderen Berufen zu.

Die deutsche Politologin Tonia Bieber hat 2010 in einer Studie den Einfluss der EU- und der OECD-Bildungspolitik auf das Schweizer Bildungssystem untersucht. Sie war über die Wirkung sehr erstaunt und wunderte sich, dass trotz den vielen «Veto-Playern» (demokratischen Hürden) die internationale Bildungspolitik uneingeschränkt umgesetzt wurde. Die Schweizer Erziehungswissenschaftlerin Regula Bürki hat 2017 in ihrer Dissertation dokumentiert, wie die föderalistische Entscheidungskultur in der Bildung ausser Kraft gesetzt wurde. Und schon 2009 hatte der frühere Bildungspolitiker und Präsident der Eidgenössischen Fachhochschulkommission Hans Zbinden festgestellt, dass der Nachvollzug von europäischen Reformen immer mehr an Parlamenten und an der Öffentlichkeit vorbeigehe.

Angesichts dessen ist es an der Zeit, von den politischen Verantwortlichen einen Marschhalt zu verlangen. Es geht um die Besinnung auf Bewährtes, ohne die neuen zusätzlichen Herausforderungen (zum Beispiel Digitalisierung) ausser acht zu lassen. Zum Wohle kommender Generationen und der



kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Stabilität in unserem Land ist eine grundsätzliche, demokratisch legitimierte Neuorientierung notwendig.

***Beat Kissling** ist Erziehungswissenschaftler, Psychotherapeut und Autor von «Sind Inklusion und Integration in der Schule gescheitert? Eine kritische Auseinandersetzung» (2022).*

Es braucht auch Kleinklassen und spezialisierte Lernangebote

EDU Standpunkt, März 2026, Lisa Leisi

Der Vorstand des Vereins Starke Schule beider Basel (SSbB) hat eine differenzierte Meinung zur Integration von Kindern mit besonderen Lernvoraussetzungen. Er setzt sich für Lernförderungen ein, welche bestmöglich allen Kindern gerecht werden. Sie orientieren sich jenseits von Ideologien an der Praxis und deren Auswirkungen.

Die Fragen stellte Lisa Leisi

Standpunkt: Warum funktioniert schulische Integration in vielen Fällen nicht, obwohl sie grundsätzlich gut gemeint ist?

Charlotte Höhmann: Integration verfolgt das Ziel, allen Lernenden gleiche Chancen zu bieten. In der Praxis müssen Lehrpersonen jedoch sehr unterschiedliche Lern- und Verhaltensbedürfnisse gleichzeitig berücksichtigen. Die hohe Heterogenität innerhalb einer Klasse erschwert eine gezielte Förderung und führt zu Überlastung. Zudem leidet die Konzentration der ganzen Klasse, wenn einzelne Lernende ständig intensive Betreuung benötigen. Besonders herausfordernd sind verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler, die den Unterricht erheblich stören.

Wann soll eine Integration weiterhin stattfinden und wann nicht?

Integration soll dann stattfinden, wenn Kinder und Jugendliche gegebenenfalls mit Unterstützung folgen können, ohne dass das Lernklima wesentlich beeinträchtigt wird. Wenn jedoch das Verhalten einzelner Schüler einen ruhigen Unterricht verhindert und das Lernen von Mitschüler gestört wird, ist getrennter Unterricht sinnvoller. Schüler mit körperlichen Behinderungen können hingegen meist problemlos integrativ beschult werden.

Welche Lösungen schlägt die SSbB für den Umgang mit der heutigen Integrationspraxis vor?

Der Vorstand der SSbB fordert, dass Integration nicht als ideologisch geprägtes Prinzip umgesetzt wird, sondern sich an der pädagogischen Realität im Klassenzimmer orientiert. Entscheidend ist, dass ein ruhiger, strukturierter und konzentrierter Unterricht möglich ist, in dem sich alle Schüler sicher und wohl fühlen können. Das Recht aller Kinder auf ungestörtes Lernen sowie der Schutz der Lehrpersonen müssen im Vordergrund stehen.

Die SSbB fordert ein flexibles Schulsystem, in dem neben integrativen Settings auch Kleinklassen und spezialisierte Förder- und Schulformen als gleichwertige Optionen zur Verfügung stehen. Ziel ist nicht Integration um jeden Preis, sondern eine schulische Förderung, die für alle Beteiligten sinnvoll ist.



Welche Rolle spielen die verfügbaren Ressourcen für das Gelingen der Integration?

Ausreichende personelle, zeitliche und fachliche Ressourcen sind eine notwendige Voraussetzung. Ohne heilpädagogische Unterstützung, Assistenz und zusätzliche Förderlektionen können die unterschiedlichen Lern- und Verhaltensbedürfnisse in einer Klasse kaum angemessen unterstützt werden. Die heute zur Verfügung stehenden Mittel reichen oftmals nicht aus und tragen wesentlich dazu bei, dass Integration in der Praxis häufig scheitert.

Gleichzeitig weist die SSbB darauf hin, dass Ressourcen nicht beliebig ausgebaut werden können und nicht allein über den Erfolg von Integration entscheiden. Auch bei hohem Mitteleinsatz bleibt eine stark heterogene Klasse pädagogisch anspruchsvoll. Das Erreichen der Lernziele wird dadurch erschwert. Zudem kann der gleichzeitige Einsatz mehrerer Fachpersonen im Klassenzimmer den Unterricht fragmentieren und einen ruhigen, konzentrierten Lernprozess beeinträchtigen. Entscheidend ist deshalb nicht die maximale Ausstattung, sondern, ob unter den gegebenen Rahmenbedingungen ein lernwirksamer und störungsarmer Unterricht für alle möglich ist.

Wie beurteilt die SSbB die Belastung der Lehrpersonen im integrativen Unterricht?

Lehrpersonen sind oft mit einer sehr hohen Arbeitsbelastung konfrontiert. Sie müssen gleichzeitig unterrichten, individuell fördern, auffälliges Verhalten auffangen und administrative Aufgaben erfüllen. Diese Mehrfachbelastung führt dazu, dass der eigentliche Unterricht zunehmend in den Hintergrund tritt und die langfristige Berufszufriedenheit gefährdet wird.

Zusätzlich geraten viele Lehrpersonen in einen dauerhaften Konflikt zwischen den Bedürfnissen einzelner Schülerinnen mit besonderem Unterstützungsbedarf und dem Anspruch, der gesamten Klasse gerecht zu werden. Der hohe Koordinationsaufwand mit Heilpädagoginnen und -pädagogen, Assistenzen, Fachstellen und Eltern sowie die Verantwortung für ein funktionierendes Lern- und Sozialklima verstärken den Druck weiter. Die SSbB befürchtet, dass unter diesen Bedingungen die Belastungsgrenze vieler Lehrpersonen überschritten wird und Erschöpfung, Frustration und Berufsausstiege die Konsequenzen sein können.

Die in den letzten Jahren stark ausgeweitete und teilweise sehr konsequent durchgesetzte Integrationspraxis ist möglicherweise ein Faktor für den beobachteten Leistungsabbau an den Schulen, da unter den gegebenen Rahmenbedingungen immer weniger Zeit und Ruhe für einen lernwirksamen Unterricht zur Verfügung stehen.

Welche Auswirkungen hat die heutige Integrationspraxis auf die übrigen Lernenden in der Klasse?

Häufige Unterbrechungen, ein unruhiges Lernumfeld und der hohe Betreuungsaufwand für einzelne Kinder oder Jugendliche können den Lernfortschritt der gesamten Klasse beeinflussen. Lernende, die konzentriert arbeiten möchten, erhalten weniger Aufmerksamkeit und weniger Lernzeit, was sich auch auf das Leistungsniveau auswirken kann.

Welche Bedeutung misst die SSbB Kleinklassen und spezialisierten Angeboten bei?

Kleinklassen und spezialisierte Lernangebote werden von der SSbB als wichtige Ergänzung zur Regelklasse verstanden. Sie ermöglichen eine intensivere Betreuung und gezieltere Förderung und bieten für bestimmte Kinder und Jugendliche bessere Lernvoraussetzungen.

Wie versteht die SSbB eine zukunftsfähige Form von Integration?

Eine zukunftsfähige Integrationspraxis bedeutet, dass nicht ein politisches oder ideologisches Prin-



zip im Vordergrund steht, sondern die pädagogische Tragfähigkeit im Schulalltag. Für jedes Kind und jede Klasse soll jene Schul- und Förderform gewählt werden, in der ein ruhiger und lernwirksamer Unterricht möglich ist.

Kleinklassen und andere spezialisierte Förder- und Schulformen müssen flächendeckend und gleichwertig zur Verfügung stehen, um dort eingesetzt werden zu können, wo die integrative Schule an ihre Grenzen stösst. Solche Angebote ermöglichen bessere Förderung durch eine intensivere Betreuung. Ziel ist ein flexibles Schulsystem mit verlässlichen Lernbedingungen für alle Schülerinnen.

***Charlotte Höhmann** arbeitet seit zweieinhalb Jahren auf dem Sekretariat der SSbB und ist seit zwei Jahren Vorstandsmitglied. Sie ist Gymnasiastin am Gymnasium Münster in Basel mit dem Schwerpunktfach «Englisch mit IB 1».*

Verweis SSbB: www.starke-schule-beider-basel.ch

Veranstaltungshinweise

Generalversammlung der Starken Volksschule Zürich

Starke Volksschule Zürich, 30. März 2026, 17.30

Montag, 30. März 2026, 17.30

Pfarrzentrum Liebfrauen, Weinbergstr. 36, 8006 Zürich

[Mehr..](#)

Aus dem Nähkästchen eines Sekundarlehrers

Starke Volksschule Zürich, 30. März 2026, 19.00

Einladung zu einem Vortrag mit Diskussion

Montag, 30. März 2026, 19.00 Uhr

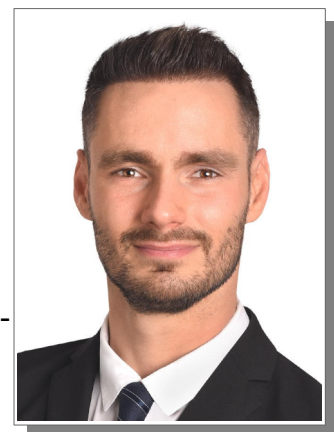
Pfarrzentrum Liebfrauen, Weinbergstr. 36, 8006 Zürich

Aus dem Nähkästchen eines Sekundarlehrers

Aktuelle Herausforderungen im Bildungssystem und wie wir ihnen begegnen können

Referent: **Régis Ecklin**, Sekundarlehrer in Herrliberg, freier Mitarbeiter beim Nebelspalter und bei der Weltwoche.

[Mehr..](#)





Die Bildungs-Grätsche

GBW-Tagung 17.&18.04.2026, Universität Bonn

Die Bildungs-Grätsche – Versprechen und Wirklichkeit der Bildungssteuerung.

 GBW Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V.
Forum für Schule, Ausbildung und Studium

 UNIVERSITÄT BONN



Seit dem „PISA-Schock“ erlebt das deutsche Schulsystem und ähnlich das in Österreich und der Schweiz einen bildungspolitischen Aktionismus. Jede neue Massnahme versprach Aufbruch: mehr Effizienz durch Steuerung, mehr Evidenz durch Daten, besseren Unterricht durch Kompetenzmodelle, digitale Modernisierung, individuellere Förderung und selbstgesteuertes Lernen. Manches davon klang verheissungsvoll, einiges vielleicht sogar plausibel.

Doch der Blick in die Klassenzimmer erzählt eine andere Geschichte. Was als Modernisierung gedacht war, hat nicht zu besseren Leistungen geführt – ganz im Gegenteil. Die Interventionen waren insofern erfolgreich, als gerade die neuen Steuerungsinstrumente ihr Scheitern in der schulischen Wirklichkeit empirisch dokumentieren: Die Leistungen der Schülerinnen und Schüler haben sich nicht verbessert, sondern im Gegenteil massiv verschlechtert. Gleichzeitig wächst der Schatten der Nebenfolgen. Lehrkräfte berichten von einer Realität, in der Pädagogik allzu oft hinter Formularen verschwindet, in der Rechenschaftslegung Zeit frisst und Bürokratie Energie bindet. Zwischen ambitionierten Programmen und dem, was in den Schulen tatsächlich möglich ist, klafft eine Lücke, deren Bewältigung viele als Grätsche empfinden – als tägliche Spannung zwischen bildungspolischem Wunschdenken und schulischer Wirklichkeit. Zwar liegen die Ursachen auch in allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen und nicht allein bei der Bildungspolitik, jedoch ist es notwendig, die grossen «Verheissungen» der vergangenen Jahre mit den Erfahrungen jener zu konfrontieren, die das System Tag für Tag tragen.

Die Tagung der Gesellschaft für Bildung und Wissen (GBW) geht diesen Bruchlinien nach: jener zwischen bürokratischer Steuerung und schulischem Alltag, zwischen empirischer Vermessung und pädagogischer Urteilskraft, zwischen visionären Reformnarrativen und dem Hier und Jetzt im Klassenzimmer. Eine Tagung, die nicht auf schnelle Lösungen setzt, sondern auf Klarheit – und auf die Frage, wie Bildung gelingen kann, wenn man die Widersprüche endlich ernst nimmt. Es kommt



jetzt darauf an, dass nicht mehr bildungspolitisches Wunschdenken die erziehungswissenschaftlichen Diskurse bestimmt; im Zentrum müssen die Herausforderungen der Praxis stehen. Wer dauernd vom Fortschritt in der Pädagogik redet, hat wenig von ihr verstanden.

Referenten: Prof. Dr. Rainer Kaenders, Prof. Dr. Jochen Krautz, Dr. Wolfram Meyerhöfer, Jun.-Prof. Dr. Anne Kirschner, Prof. Dr. Hans-Peter Klein, Prof. Dr. Karl-Heinz Dammer, Prof. Dr. Carl Bossard, Prof. Dr. Stefan Kühl:

[Mehr...](#)
